

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. November 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 24 der Tagesordnung: Verteilung der Mittel aus dem Tierschutzfonds

Vorlage: 2015/0645

dazu:

Änderungsantrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Zoe Mayer, des Stadtrats Michael Borner (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 24. November 2015

Vorlage: 2015/0708

Beschluss:

Der Gemeinderat wird – nach Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen – um Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe der bisher eingestellten Mittel (90.000 Euro) gebeten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 17 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung zur geänderten Beschlussvorlage (Sperrvermerk in Höhe von 90.000 Euro statt 60.000 Euro).

Änderungsantrag: 17 Nein-Stimmen, ansonsten Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf, verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen sowie die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Es handle sich um eine beanstandete Offenlage.

Stadtrat Döring (CDU): Wir haben seit 2011 die Mittel für den Tierschutz fast um das 2 ½-fache gesteigert auf das sensationelle Niveau von fast 60.000 Euro. Wie hier immer angemahnt wurde, wurde jetzt proklamiert, wir würden Mittel streichen. Aber das ist gar nicht so. Wir behalten nur dieses außerordentlich hohe Niveau einfach bei, was dem Änderungsantrag auch zugrunde liegt.

Man könnte natürlich immer viel mehr tun. Aber es geht auch darum, dass wir nicht die Kosten für die Kastration von Katzen in der gesamten Region übernehmen können, sondern wir mit dem Geld, das die Karlsruher Bürger zur Verfügung stellen, erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Deswegen gehen wir auch die Verwaltungsvorlage voll

und ganz mit und möchten weiterhin den Tierschutz auf diesem hohen Niveau fördern und lehnen den Änderungsantrag ab.

Stadträtin Fischer (SPD): Ich will jetzt auf die inhaltlichen Sachen nicht mehr eingehen. Fakt ist aber, dass wir im Haushalt einem Antrag der Grünen mehrheitlich zugestimmt haben, der diesen Fonds um 30.000 Euro erhöht hat. Über diesen Betrag haben wir den Sperrvermerk gelegt. Nach der Vorlage ist unstreitig, dass über einen vielfach höheren Betrag Anträge gestellt wurden, nämlich um die 200.000 Euro, so dass diese 90.000 Euro auch notwendig waren. Allein darum ging es, dass wir im Haushalt 90.000 Euro unter Sperrvermerk beschlossen haben, nämlich 60.000 Euro plus 30.000 Euro. Wir waren jetzt etwas überrascht, dass die Vorlage so gestaltet war, dass man hätte annehmen können, der Sperrvermerk hätte nur über 60.000 Euro bestanden.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Der Karlsruher Tierschutzfonds ist eine große Errungenschaft für die Stadt Karlsruhe und auch für die dort ehrenamtlich engagierten Tierschützerinnen und Tierschützer. Durch den Tierschutzfonds ist es möglich, den im Tierschutz beteiligten Gruppen niederschwellig finanzielle Hilfe zur Seite zu stellen und die wirklich sehr kostenintensive Tierschutzarbeit zu unterstützen.

Das Spektrum, das in Karlsruhe an ehrenamtlicher Tierschutzarbeit geleistet wird, ist breit gefächert und geht von der Betreuung und Eindämmung von Taubenpopulation bis hin zur Kastration von verwilderten Katzenpopulationen, deren Eindämmung und auch die Verhinderung von Ausbreitung von Krankheiten und auch die Pflege kranker Tiere. Das sind vielleicht nicht unmittelbar Pflichtaufgaben der Stadt Karlsruhe. Dennoch tragen sie zu einem erhöhten sozialen Niveau bei. Und, ganz wichtig, es trägt auch dazu bei, dass wir hier Präventionsarbeit leisten und dass wir so höhere Probleme in der Zukunft vermeiden, die dann an der Stadt Karlsruhe hängenbleiben würden.

Mit der Aufstockung des Tierschutzfonds im Haushalt von 60.000 auf 90.000 Euro haben wir ganz klar gesagt, wir möchten diese wichtige Arbeit weiter unterstützen und auch besser finanziell ausstatten, weil die Mittel in keinsten Weise ausreichen und nicht einmal annähernd für die Deckung reichen. Der Sperrvermerk der SPD bezog sich damals auch nicht auf die Sinnhaftigkeit des Tierschutzfonds, sondern wollte noch einmal das Verfahren geklärt und auch genauer dargelegt haben, wie die Mittel verteilt werden.

Dementsprechend können wir an dieser Stelle absolut nicht mittragen, diesen damals in den Haushaltsdebatten von unserem Gemeinderat gefällten Beschluss in diesem Rahmen wieder zurückzunehmen. Viele Tierschutzorganisationen und im Tierschutz Tätige haben damit kalkuliert, haben sich hier hohe Erwartungen gemacht, um eine bessere finanzielle Hilfe zu bekommen. Wir denken, dass Ehrenamt keinen Spaß macht, wenn die Stadt Karlsruhe diesen Beschluss dann einfach wieder zurücknimmt.

Natürlich ist es wichtig, dass wir sinnvolle Konsolidierungsmaßnahmen weiter voranbringen. Wir denken nicht, dass dies auf dem Rücken von bereits gefällten Beschlüssen zugunsten des Ehrenamtes hier in Karlsruhe geschehen darf. So werden wir uns das Vertrauen in der Zukunft verspielen. Ich denke, das können wir mit unserem Ände-

rungsantrag verhindern, indem wir dann auch die 90.000 Euro zur Verfügung stellen, die bereits im Haushalt eingestellt sind. Wir bitten hier auch ganz ausdrücklich um Unterstützung.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir haben im Doppelhaushalt 2015/16 auch dieser Erhöhung zugestimmt und werden auch heute entsprechend dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen, den Sperrvermerk nicht nur für die 60.000 Euro zu machen, sondern für 90.000 Euro. Daraus ergibt sich aber noch nicht, dass wir auch für kommende Doppelhaushalte diese Leistungen beibehalten wollen. Natürlich wird diese freiwillige Leistung, wie alle anderen Leistungen auch, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in den Beratungen auf die Probe gestellt werden. Da kann sich dann natürlich auch ergeben, dass es diese Leistung ab 2017 nicht mehr in dieser Höhe geben wird. Aber für 2015/16 hatten wir damals im Doppelhaushalt zugestimmt. Dazu stehen wir.

Stadtrat Hock (FDP): Meine Fraktion hat damals nicht zugestimmt. Von 25.000 auf 40.000, auf 60.000, auf 90.000 Euro wird die Spirale weitergeführt. Das denke ich schon. Deshalb ist es richtig, dass wir diese 60.000 Euro haben, weil es für den Zweck auch richtig ist, dass wir das Geld aufwenden. Aber angesichts der Haushaltskonsolidierung und dessen, was noch auf uns zukommt - woran uns die GRÜNE-Fraktion auch immer erinnert, wo wir überall dann an unseren Projekten sparen sollten - sollte man vielleicht jetzt auch einmal mit gutem Willen voran gehen und auch einmal selber von sich aus sagen, das ist zwar eine Sache, die wir auf dem Schirm haben, aber wir würden uns mit 60.000 Euro zufrieden geben. Das ist leider nicht so. Deshalb wird meine Fraktion heute ganz klar dieses ablehnen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Vielleicht sollte man noch einmal kurz erwähnen: Wenn man diese Liste sieht, denkt man vielleicht, wir finanzieren die ganze Region. Das ist aber nicht der Fall. Das wurde auch im Ausschuss so besprochen. Es geht darum, dass Tiere vorhanden sind, um die sich keiner mehr kümmert. Die müssen irgendwie versorgt werden. Zumindest ist es in unserer Kultur so. Das kostet eben Geld. Wobei dieses Geld nur dazu dient, die Mittel aufzubringen, damit Leute ehrenamtlich diese Tätigkeiten ausführen können, d. h., wir bezahlen nur einen Bruchteil von dem, was tatsächlich geleistet wird. Wenn beispielsweise irgendwelche Reptilien aufgegriffen oder versorgt werden müssen, dann werden die nach Eggenstein gebracht, weil sich dort die Leute darum kümmern, d. h., es sind Probleme, die hier in der Stadt entstehen, die dort gelöst werden. Deswegen bekommen sie einen Zuschuss. So einfach ist das.

Wenn man sich anschaut, dass der Bedarf viel höher ist – er liegt bei über 200.000 Euro insgesamt -, dann muss man sagen, dass die Lösung, die wir jetzt mit den 90.000 Euro hatten, wirklich angemessen ist. Wir würden es genauso sehen, wie die KULT-Fraktion. Wir wollen dabei bleiben, aber dann als freiwillige Leistung bei den nächsten Haushaltsberatungen das Ganze wieder neu diskutieren.

Stadtrat Wenzel (FW): Klar, wir werden sparen müssen. Aber wir sollten auch zu unserem Wort stehen und ein verlässlicher Partner sein. Deshalb sollten wir auch dieses Mal dazu stehen, dass wir den Betrag, den wir per Sperrvermerk eingestellt haben, in voller Höhe freigeben. Deshalb: Zustimmung zur Vorlage und Zustimmung zum Ergänzungsantrag.

Stadtrat Cramer (KULT): Wenn ich nachher die gelbe Karte zücke, dann tue ich das aus grundsätzlichen Erwägungen. Ich möchte auch noch einmal an die CDU- und die FDP-Fraktion ein Wort richten: Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Antrag durchbekommen, eine Mehrheit, mit einem Sperrvermerk, um Dinge abzuklären. Dann sehen Sie: Der Antrag wird gar nicht umgesetzt. Da möchte ich einmal sehen, wie Sie reagieren. Da geht es mir um das Prinzipielle. Es geht mir gar nicht darum, für was das Geld eingesetzt werden soll. Das ist mir im Moment absolut egal. Mir geht es darum, dass es nicht geht, wenn eine Mehrheit hier eine Entscheidung trifft, dass dann – wie auch immer – das Geld in der Offenlage so nicht eingestellt wird. Nur darum geht es mir. Von daher möchte ich an die CDU- und FDP-Fraktion appellieren, hier der Sache aus diesen Erwägungen zuzustimmen.

Der Vorsitzende: Die Verwaltung ist sich dessen bewusst. Wir haben gerade noch einmal versucht, es zu klären. Es gab einen Antrag der Grünen, der eine Mehrheit hatte, von 60.000 auf 90.000 Euro zu gehen. Wir sind allerdings der Meinung, dass hier so viele Maßnahmen auch gefördert werden, die nicht unbedingt etwas mit den städtischen Bedürfnissen zu tun haben im engeren Sinne. Wir wollen nur erklären, dass uns bewusst ist, dass Sie diesen Antrag gestellt haben, dass der eine Mehrheit bekommen hat. Wir haben dennoch empfohlen, es bei 60.000 Euro zu belassen, weil wir der Meinung sind, dass das für die Aufgabenstellung, die uns als Stadt Karlsruhe obliegt, die ausreichende Summe ist. Aber es ist in der Tat richtig.

Sie können natürlich auch jederzeit sagen, wir haben 90.000 Euro eingestellt. Aus Ihrer Sicht ist das dann erfüllt. Dann ist es auch in Ordnung. Daher brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Da sich jetzt hier alle klar positionieren, stimmen wir jetzt einfach ab. Zunächst über den Änderungsantrag, aus 60.000 Euro 90.000 Euro zu machen. Das sind 17 Nein-Stimmen, damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Jetzt stimmen wir über die veränderte Beschlussvorlage ab, 90.000 Euro entsprechend der Kriterien zu vergeben. Dann haben wir 17 Gegenstimmen, der Rest ist Zustimmung, damit mehrheitlich angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Dezember 2015